

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	Kommission	
2002/C 30/01	Zinssatz der Europäischen Zentralbank für Hauptrefinanzierungsgeschäfte am 1. Februar 2002: 3,31 % — Euro-Wechselkurs	1
2002/C 30/02	Mitteilung der Kommission zu Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie 98/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen, betreffend die qualifizierten Einrichtungen, die berechtigt sind, eine Klage im Sinne des Artikels 2 dieser Richtlinie zu erheben ⁽¹⁾	2
2002/C 30/03	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽¹⁾	12
2002/C 30/04	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽¹⁾	14
2002/C 30/05	Staatliche Beihilfe — Italien — Beihilfe C 80/2001 (ex NN 26/01) — Befreiung von der Verbrauchsteuer auf Mineralöle, die als Brennstoff zur Tonerdegewinnung auf Sardinien verwendet werden — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	17
2002/C 30/06	Staatliche Beihilfe — Frankreich — Beihilfe C 79/2001 (ex NN 23/01) — Befreiung von der Verbrauchsteuer auf Mineralöle, die als Brennstoff zur Tonerdegewinnung in der Region Gardanne verwendet werden — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	21
2002/C 30/07	Staatliche Beihilfe — Irland — Beihilfe C 78/2001 (ex NN 22/01) — Befreiung von der Verbrauchsteuer auf Mineralöle, die als Brennstoff zur Tonerdegewinnung im Shannon-Gebiet verwendet werden — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	25

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Zinssatz der Europäischen Zentralbank für Hauptrefinanzierungsgeschäfte ⁽¹⁾ am 1. Februar 2002:**3,31 %****Euro-Wechselkurs ⁽²⁾****1. Februar 2002**

(2002/C 30/01)

1 Euro	=	7,4282	Dänische Kronen
	=	9,188	Schwedische Kronen
	=	0,61	Pfund Sterling
	=	0,8632	US-Dollar
	=	1,3709	Kanadische Dollar
	=	115,66	Yen
	=	1,4781	Schweizer Franken
	=	7,8405	Norwegische Kronen
	=	88,65	Isländische Kronen ⁽³⁾
	=	1,6933	Australische Dollar
	=	2,068	Neuseeland-Dollar
	=	9,9311	Rand ⁽³⁾

⁽¹⁾ Auf das letzte Geschäft vor dem angegebenen Tag angewandter Satz. Bei Zinstendern marginaler Zuteilungssatz.

⁽²⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

⁽³⁾ Quelle: Kommission.

Mitteilung der Kommission zu Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie 98/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen, betreffend die qualifizierten Einrichtungen, die berechtigt sind, eine Klage im Sinne des Artikels 2 dieser Richtlinie zu erheben

(2002/C 30/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Die folgenden Einrichtungen wurden von den Behörden des betreffenden Mitgliedstaats für berechtigt erklärt, Unterlassungsklagen im Sinne des Artikels 2 der Richtlinie 98/27/EG zu erheben:

DÄNEMARK

1. Forbrugerombudsmanden

(Verbraucherombudsmand)

Amagerfælledvej 56

DK-2300 København S

Tel. (45) 32 66 90 00

Telefax (45) 32 66 91 00

E-Mail: fs@fs.dk

Homepage: www.fs.dk

(englisch: www.consumer.dk/index-uk.htm).

Aufgaben des Verbraucherombudsmanns

Gemäß dem Gesetz über Marktverhalten trägt der Verbraucherombudsmand für die Einhaltung der Rechtsvorschriften Sorge, insbesondere im Hinblick auf die Verbraucher.

Der Verbraucherombudsmand ist berechtigt, im Sinne der folgenden Richtlinien Klage zu erheben:

— Richtlinie 84/450/EWG des Rates vom 10. September 1984 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über irreführende Werbung;

— Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen;

— Richtlinie 87/102/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit, zuletzt geändert durch die Richtlinie 98/7/EG;

— Richtlinie 89/552/EWG des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität, geändert durch Richtlinie 97/36/EG;

— Richtlinie 90/314/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen;

— Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen;

— Richtlinie 94/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 1994 zum Schutz der Erwerber im Hinblick auf bestimmte Aspekte von Verträgen über den Erwerb von Teilzeitnutzungsrechten an Immobilien;

— Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz;

— Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter;

— Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“).

2. Lægemiddelstyrelsen

(Dänisches Arzneimittelamt)

Frederikssundsvej 378

DK-2730 Brønshøj

Tel. (45) 44 88 91 11

Telefax (45) 44 91 73 73

E-Mail: dkma@dkma.dk

Homepage: www.dkma.dk

Aufgaben des Arzneimittelamts

Aufgabe des Arzneimittelamts ist es, die Markteinführung wirksamer und sicherer Arzneimittel zu genehmigen, dazu beizutragen, dass die Ausgaben der Krankenversicherung für Arzneimittel in angemessenem Verhältnis zum Behandlungserfolg stehen, und den Arzneimittelbereich sowie den Sektor der medizinischen Geräte zu überwachen.

Das Arzneimittelamt ist berechtigt, bei Verstößen gegen die Richtlinie 92/28/EWG des Rates vom 31. März 1992 über die Werbung für Humanarzneimittel Klage zu erheben.

DEUTSCHLAND

1.	Aktion Bildungsinformation e.V. (ABI)	Alte Poststraße 5 D-70173 Stuttgart	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
2.	Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.	Markgrafenstraße 66 D-10969 Berlin	Verein auf sich die drei ehemaligen Organisationen Stiftung Verbraucherinstitut, Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V. und Verbraucherschutzverein e.V. (VSV) Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
3.	Berliner Mieterverein e.V.	Wilhelmstraße 74 D-10117 Berlin	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Berlin durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
4.	Bund der Energieverbraucher e.V.	Grabenstraße 7 D-53619 Rheinbreitbach	Wahrnehmung der Interessen der Energieverbraucher durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Energieverbraucher berechtigt
5.	Bund der Versicherten e.V.	Rönkrei 28 D-22399 Hamburg	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
6.	Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände — Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (VZBV)	Markgrafenstraße 66 D-10969 Berlin	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
7.	Bundesverband privater Kapitalanleger e.V.	Am Goldgraben 6 D-37073 Göttingen	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
8.	Datenschutzbund Hamburg e.V.	Am Diebsteich 1 D-22761 Hamburg	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung, insbesondere auf dem Gebiet des Datenschutzes; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
9.	Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V.	Augustenstraße 79 D-80333 München	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung, insbesondere auf den Gebieten erneuerbare Energien und rationelle Energieverwendung unter besonderer Berücksichtigung der Sonnenenergie; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt

10.	Deutscher Mieterbund — Kieler Mieterverein e.V.	Eggerstedtstraße 1 D-24103 Kiel	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher in Kiel auf dem Gebiet des Mietrechts durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
11.	Deutscher Mieterbund — Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.	Dr.-Külz-Straße 18 D-19053 Schwerin	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Gebiet des Mietrechts durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
12.	Deutscher Mieterbund — Landesverband der Mietervereine in Nordrhein-Westfalen e.V.	Luisenstraße 12 D-44137 Dortmund	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher auf dem Gebiet des Mietrechts durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
13.	Deutscher Mieterbund — Landesverband Schleswig-Holstein e.V.	Eggerstedtstraße 1 D-24103 Kiel	Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher in Schleswig-Holstein auf dem Gebiet des Mietrechts durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
14.	Deutscher Mieterbund Mieterbund Rhein-Ruhr e.V.	Rathausstraße 18—20 D-47166 Duisburg	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Duisburg durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
15.	Deutscher Mieterbund — Mieterverein Groß-Velbert und Umgebung e.V.	Friedrich-Ebert-Straße 62—64 D-42549 Velbert	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Velbert und Umgebung durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
16.	Deutscher Mieterbund — Mieterverein Hamm und Umgebung e.V.	Südring 1 D-59065 Hamm	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Hamm und Umgebung durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
17.	Deutscher Mieterbund — Mieterverein Iserlohn e.V.	Vinckestraße 4 D-58636 Iserlohn	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Iserlohn durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
18.	Deutscher Mieterbund — Mieterverein Kassel und Umgebung e.V.	Königsplatz 59/ Eingang Poststraße 1 D-34117 Kassel	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Kassel und Umgebung durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
19.	Deutscher Mieterbund — Mieterverein Schwerin und Umgebung e.V.	Dr.-Külz-Straße 18 D-19053 Schwerin	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Schwerin und Umgebung durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt

20.	Deutscher Mieterbund — Mieterverein Siegerland und Umgebung e.V.	Koblenzer Straße 5 D-57072 Siegen	Wahrnehmung der Interessen von Mietern im Siegerland und Umgebung durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
21.	DMB — Mieterverein Stuttgart und Umgebung e.V.	Moserstraße 5 D-70182 Stuttgart	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Stuttgart und Umgebung durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
22.	DMB — Mieterschutzverein Frankfurt am Main e.V.	Eckenheimer Landstraße 339 D-60320 Frankfurt am Main	Wahrnehmung der Interessen von Wohnungsmietern in Frankfurt am Main durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
23.	Deutscher Mieterbund — Mieterschutzverein Wiesbaden und Umgebung e.V.	Adelheidstraße 70 D-65185 Wiesbaden	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Wiesbaden und Umgebung durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
24.	Deutsche Schutzvereinigung Auslandsimmobilien e.V.	Zähringer Straße 373 D-79108 Freiburg	Wahrnehmung der Interessen von privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümern mit Grundbesitz im Ausland und sonstigen an Auslandsimmobilien interessierten Personen durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse des o.g. Personenkreises berechtigt
25.	Mieter helfen Mietern, Münchner Mieterverein e.V.	Weißerburger Straße 25 D-81667 München	Wahrnehmung der Interessen von Wohnungsmietern in München durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
26.	Mieter und Pächter e.V.	Prinzenstraße 7 D-44135 Dortmund	Wahrnehmung der Interessen von Wohnungsmietern und Pächtern in Dortmund durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
27.	Mieterverein Bochum, Hattingen und Umgegend e.V.	Brückstraße 58 D-44787 Bochum	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Bochum, Hattingen und Umgegend durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
28.	Mieterverein für Lüdenscheid und Umgegend e.V.	Lösenbacher Straße 3 D-58507 Lüdenscheid	Wahrnehmung der Interessen von Mietern in Lüdenscheid und Umgegend durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
29.	Mieterverein Gelsenkirchen e.V. im Deutschen Mieterbund	Gabelsberger Straße 9 D-45879 Gelsenkirchen	Wahrnehmung der Interessen von Mietern und Pächtern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt

30.	Mieterverein Köln e.V.	Mühlenbach 49 D-50676 Köln	Wahrnehmung der Interessen von Wohnungsmietern in Köln durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
31.	Mieterverein München e.V.	Sonnenstraße 10 D-80331 München	Wahrnehmung der Interessen von Wohnungsmietern in München durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Mieter berechtigt
32.	Schutzverband für Verbraucher und Dienstleistungsnehmer e.V. — Endverbraucher, Kapitalanleger, Versicherte	Spessarttring 37 D-63110 Rodgau	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern und Dienstleistungsnehmern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher und Dienstleistungsnehmer berechtigt
33.	Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V.	Paulinenstraße 47 D-70178 Stuttgart	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
34.	Verbraucherschutzverein e.V. (VSV)	Lützowstraße 33—36 D-10785 Berlin	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
35.	Verbraucherzentrale Berlin e.V.	Bayreuther Straße 40 D-10787 Berlin	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
36.	Verbraucher-Zentrale Brandenburg e.V.	Templiner Straße 21 D-14473 Potsdam	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
37.	Verbraucher-Zentrale des Landes Bremen e.V.	Altenweg 4 D-28195 Bremen	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
38.	Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V.	Kirchenallee 22 D-20099 Hamburg	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
39.	Verbraucher-Zentrale Hessen e.V.	Große Friedberger Straße 13—17 D-60313 Frankfurt/Main	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
40.	Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern e.V.	Strandstraße 98 D-18055 Rostock	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
41.	Verbraucher-Zentrale Niedersachsen e.V.	Herrenstraße 14 D-30159 Hannover	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt

42.	Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen Landesarbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V.	Mintropstraße 27 D-40215 Düsseldorf	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
43.	Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.	Ludwigstraße 6 D-55116 Mainz	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
44.	Verbraucherzentrale des Saarlandes Landesarbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V.	Hohenzollernstraße 11 D-66117 Saarbrücken	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
45.	Verbraucher-Zentrale Sachsen e.V.	Bernhardstraße 7 D-04315 Leipzig	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
46.	Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V.	Steinbockgasse 1 D-06108 Halle	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt
47.	Verbraucherzentrale Thüringen e.V.	Eugen-Richter-Straße 45 D-99085 Erfurt	Wahrnehmung der Interessen von Verbrauchern durch Aufklärung und Beratung; zur Führung von Verbandsklagen im Interesse der Verbraucher berechtigt

ITALIEN

1. **ACU — Associazione Consumatori Utenti — Onlus**

Via Bazzini 4, I-20131 Milano (MI)
Tel. (39) 02 70 63 06 68
Telefax (39) 02 70 63 67 77

2. **Adiconsum**

Via G. M. Lancisi 25, I-00161 Roma (RM)
Tel. (39) 06 641 70 21
Telefax (39) 06 44 17 02 30

3. **ADOC — Associazione Difesa Orientamento Consumatori**

Via Lucullo 6, I-00187 Roma (RM)
Tel. (39) 06 482 58 49
Telefax (39) 06 481 90 28

4. **Centro Tutela Consumatori Utenti Onlus — Verbraucherzentrale Südtirol**

Via Dodiciville 11, I-39100 Bolzano (BZ)
Tel. (39) 047 197 55 97
Telefax (39) 047 197 99 14

5. **Cittadinanzattiva**

Via Flaminia 53, I-00196 Roma (RM)
Tel. (39) 06 36 71 81
Telefax (39) 06 36 71 83 33

6. **Codacons — Coordinamento delle associazioni per la tutela dell'ambiente e per la difesa dei diritti degli utenti e consumatori**

Viale Mazzini 73, I-00195 Roma (RM)
Tel. (39) 06 372 58 09
Telefax (39) 06 370 17 09

7. Comitato Consumatori Altroconsumo

Via Valassina 22, I-20159 Milano (MI)
Tel. (39) 02 66 89 01
Telefax (39) 02 66 89 02 88

8. Confconsumatori

Via Aurelio Saffi 16, I-43100 Parma (PR)
Tel. (39) 052 123 01 34
Telefax (39) 052 128 52 17

9. Federconsumatori — Federazione Nazionale di Consumatori e Utenti

Via Gioberti 54, I-00185 Roma (RM)
Tel. (39) 06 49 27 04 34
Telefax (39) 06 49 27 04 52

10. Lega Consumatori

Via Orchidee 4/A, I-20147 Milano (MI)
Tel. (39) 02 48 30 36 59
Telefax (39) 02 48 30 26 11

11. Movimento Consumatori

Via Carlo Maria Maggi 14, I-20154 Milano (MI)
Tel. (39) 02 33 60 30 60
Telefax (39) 02 34 93 74 00

12. Movimento Difesa del Cittadino

Via Adis Abeba 1, I-00199 Roma (RM)
Tel. (39) 06 86 39 92 08
Telefax (39) 06 86 38 84 06

13. Unione Nazionale Consumatori

Via Duilio 13, I-00192 Roma (RM)
Tel. (39) 06 326 95 31
Telefax (39) 06 323 46 16

ÖSTERREICH**1. Wirtschaftskammer Österreich**

Vertretung und Förderung der gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder sowie der gewerblichen Wirtschaft und einzelner ihrer Mitglieder (§ 1 Wirtschaftskammergesetz). Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher gemäß §§ 28 Abs. 1, 28a Abs. 1, 29 Abs. 1 KSchG sowie gemäß §§ 1, 2 Abs. 1 und 14 Abs. 1 UWG.

Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
A-1045 Wien
Tel. (43-1) 501 05 42 96
Fax (43-1) 50 20 62 43
E-Mail: huberta.maitz-strassnig@wko.at

2. Bundesarbeitskammer

Vertretung und Förderung der sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen; Mitwirkung zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer und ihrer Familien, Setzung von Maßnahmen in Angelegenheiten der Bildung, der Kultur, des Umweltschutzes, des Konsumentenschutzes, der Freizeitgestaltung, des Schutzes und der För-

derung der Gesundheit, der Wohnverhältnisse und der Förderung der Vollbeschäftigung; Mitwirkung an der Festsetzung von Preisen und an Wettbewerbsregelungen; Beratung und Rechtsschutzgewährung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten einschließlich Vertretung. Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher gemäß §§ 1, 2 Abs. 1 und 14 Abs. 1 UWG.

Bundesarbeitskammer
Prinz-Eugen-Straße 20-22
A-1040 Wien
Tel. (43-1) 501 65 25 50
Fax (43-1) 501 65 25 32
E-Mail: helmut.gahleitner@akwien.or.at

3. Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Förderung der gesamtwirtschaftlichen Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft und Vertretung von deren gemeinsamen Interessen. Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher gemäß §§ 1, 2 Abs. 1 und 14 Abs. 1 UWG.

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
Löwenstraße 12
A-1010 Wien
Tel. (43-1) 534 41 85 00
Fax (43-1) 534 41 85 09
E-Mail: pkrecht@pkllwk.at

4. Österreichischer Gewerkschaftsbund

Vertretung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen aller unselbständig Erwerbstätigen (Arbeiter, Angestellte, öffentlich Bedienstete, einschließlich der in einem Lehr- oder ähnlichen Verhältnis stehenden Personen), Arbeitslosen, auch wenn sie noch keiner unselbständigen Erwerbstätigkeit nachgehen konnte, jugendlichen Schüler und Studenten, welche die Absicht haben, unselbständig erwerbstätig zu werden und sonstigen Berufsgruppen (wie z. B. der freischaffend oder freiberuflich Tätigen), soweit sie von ihrer Tätigkeit her mit den unselbständig Erwerbstätigen vergleichbar sind. Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher gemäß §§ 1, 2 Abs. 1 und 14 Abs. 1 UWG.

Österreichischer Gewerkschaftsbund
Hohenstaufengasse 10-12
A-1010 Wien
Tel. (43-1) 53 44 44 05
Fax (43-1) 53 44 45 52
E-Mail: thomas.maurer-muehlleitner@oegb.or.at

5. Verein für Konsumenteninformation

Beratung, Information und Schutz der Verbraucher vor irreführenden und unfairen Werbe- und Verkaufsmethoden sowie bei rechtlichen Fragen der Güterbeschaffung und der Dienstleistungen. Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher gemäß §§ 1, 2 Abs. 1 und 14 Abs. 1 UWG.

Verein für Konsumenteninformation
 Mariahilferstraße 81
 A-1010 Wien
 Tel. (43-1) 58 87 73 33
 Fax (43-1) 588 77 75
 E-Mail: pkolba@vki.or.at

6. Österreichischer Landarbeiterkammertag

Förderung der Zusammenarbeit der Landarbeiterkammern und Beratung und Durchführung gemeinsamer Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Landarbeiterkammern (Dienstnehmersektionen) fallen. Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher gemäß §§ 28 Abs. 1, 28a Abs. 1, 29 Abs. 1 KSchG.

Österreichischer Landarbeiterkammertag
 Marco d'Aviano-Gasse 1
 A-1015 Wien
 Tel. (43-1) 512 23 31
 Fax (43-1) 512 23 31 70
 E-Mail: oelakt@netway.at

7. Österreichischer Seniorenrat (Bundesaltenrat Österreichs)

Zugänglichmachung aller wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen für die ältere Generation entsprechend ihren Bedürfnissen sowie die Mitwirkung bei der Lösung von sozial-, alten- und gesundheitspolitischen Problemen, Unterstützung der Beratung, Information und Betreuung von Senioren. Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher gemäß §§ 28 Abs. 1, 28a Abs. 1, 29 Abs. 1 KSchG.

Österreichischer Seniorenrat
 (Bundesaltenrat Österreichs)
 Sperrgasse 8-10/III
 A-1150 Wien
 Tel. (43-1) 892 34 65
 Fax (43-1) 892 34 65 24
 E-Mail: kontakt@seniorenrat.at

8. Schutzverband gegen den unlauteren Wettbewerb

Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, insbesondere den Kampf gegen geschäftsschädigende Praktiken im Wirtschaftsleben, Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher gemäß §§ 1, 2 Abs. 1 und 14 Abs. 1 UWG.

Schutzverband gegen den unlauteren Wettbewerb
 Schwarzenbergplatz 14
 A-1040 Wien
 Tel. (43-1) 514 50 32 92
 Fax (43-1) 505 78 93
 E-Mail: office@schutzverband.at

FINNLAND

1. Kuluttaja-asiamies

(Bürgerbeauftragter für Verbraucherfragen), verantwortlich für:

— die allgemeine Aufsicht im Bereich des Verbraucherschutzes im Zusammenhang mit Marketing und Vertragsbedingungen;

— Überwachung von Radio- und Fernsehwerbung im Hinblick auf die Einhaltung der Vorschriften über ethische Grundsätze in der Werbung und bei Teleshopping sowie den Schutz Minderjähriger und Aufzeigung von Fällen, in denen in Fernseh- und Rundfunksendungen unlautere oder den Verbraucher irreführende Marketingpraktiken angewandt werden.

2. Kuluttajat — Konsumenterna ry

(Verbraucherorganisation e.V.) Überwachung der Wirksamkeit des Verbraucherschutzes und der erreichten Fortschritte.

3. Suomen Kuluttajaliitto

(Finnische Verbrauchervereinigung) Wahrnehmung der Verbraucherinteressen durch unabhängige private Aktionen in der Gesellschaft und in Hinblick auf den Markt.

4. Kuluttajavirasto

(Nationales finnisches Amt für Verbraucherschutz) Überwachung der Vorschriften über die Sicherheit im Zusammenhang mit Pauschalreisen.

5. Rahoitustarkastus

(Finanzaufsichtsbehörde) Überwachung des Marketing bei Verbraucherkrediten und der Vertragsbedingungen, gemeinsam mit dem Bürgerbeauftragten für Verbraucherfragen.

6. Lääkelaitos

(Nationale Arzneimittelagentur) Überwachung der Arzneimittelwerbung.

7. Sosiaali- ja terveydenhuollon tuotevalvontakeskus

(Nationales Produktüberwachungszentrum der Sozial- und Gesundheitsfürsorge) Überwachung der Tabak- und Alkoholwerbung.

8. Telehallintokeskus

(Verwaltungszentrum für Telekommunikation) Überwachung der Fernseh- und Rundfunkwerbung mit Ausnahme

— der Einhaltung der Vorschriften über ethische Grundsätze in der Werbung und bei Teleshopping sowie den Schutz Minderjähriger;

— der Alkohol- und Tabakwerbung.

SCHWEDEN

Angaben zu den nationalen Maßnahmen zur Erfüllung von Schwedens Verpflichtungen in der Europäischen Union:

Gemäß Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 98/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen wird mitgeteilt:

Artikel 4 Absatz 2: Das Amt für Verbraucherschutz (Konsumentverket) ist die zentrale Verwaltungsbehörde für Verbraucherangelegenheiten und hat die Aufgabe, die Interessen der Verbraucher zu vertreten.

Das Amt für Verbraucherschutz und der Verbraucherombudsman sind berechtigt, gemäß Artikel 2 Klage zu erheben.

Artikel 5 Absatz 2: Die Bestimmungen zur vorherigen Konsultation sind enthalten in § 4 des Gesetzes (2000:1175) über das Klagerrecht für bestimmte ausländische Verbraucherbehörden und Verbraucherorganisationen (s. *Anhang*).

VEREINIGTES KÖNIGREICH

1. Director-General of Fair Trading (OFT)

Aufgabe des Office of Fair Trading ist es, die Märkte verbraucherfreundlich zu gestalten. Seine Ziele sind, a) zum langfristigen Wohlergehen der Verbraucher beizutragen und dabei die Interessen besonders gefährdeter Verbraucher zu schützen durch: Stärkung der Verbraucher durch Information und Vertretung vor Gericht; Schutz der Verbraucher durch Verhinderung missbräuchlicher Praktiken; Förderung wettbewerbsfähiger und angepasster Angebote und b), zu gewährleisten, dass der Wettbewerb auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten gut funktioniert, so dass diese Märkte effizienter und verbraucherfreundlicher werden.

2. Information Commissioner

Der Information Commissioner hat besondere Aufgaben im Rahmen des Datenschutz- und des Informationsfreiheitsgesetzes, darunter die Förderung der Anwendung vorbildlicher Verfahren und die Beachtung der Bestimmungen beider Gesetze, darunter im Fall des Datenschutzes Einhaltung der Datenschutzgrundsätze durch Datenbevollmächtigte; Förderung der Aufstellung von Verhaltenskodizes durch andere und Weitergabe von Informationen über die Gesetze an die Öffentlichkeit.

3. Civil Aviation Authority

Die Civil Aviation Authority (Zivilluftfahrtbehörde) hat eine Reihe von Aufgaben im Rahmen des Zivilluftfahrtgesetzes von 1982, darunter die Förderung der angemessenen Interessen der Nutzer von Luftverkehrsdienstleistungen und der Schutz gegen die Folgen von Konkursen von Luftverkehrsgesellschaften durch die Vergabe von Lizenzen für die Durchführung von Personenflügen.

4. Gas and Electricity Markets Authority

Die Gas and Electricity Markets Authority (Regulierungsbehörde für die Gas- und Strommärkte) ist zuständig für die Regulierung der Gas- und Strommärkte in Großbritannien und für den Schutz der Interessen der Gas- und Stromkunden.

5. Director-General of Electricity Supply for Northern Ireland

Der Director General of Electricity Supply for Northern Ireland ist zuständig für die Regulierung der Gas- und Strommärkte in Nordirland und für den Schutz der Interessen der Gas- und Stromkunden.

6. Director-General of Telecommunications

Der Director General for Telecommunications ist die Regulierungsstelle für die Telekommunikationsindustrie im Vereinigten Königreich und zuständig für den Schutz der Interessen von Verbrauchern, Käufern und anderen Nutzer der angebotenen Telekommunikationsdienste und der bereitgestellten Telekommunikationsgeräte.

7. Director-General of Water Services

Der Director General of Water Services ist die wirtschaftliche Regulierungsstelle der privatisierten Wasserindustrie in England und Wales. Er ist zuständig für den Schutz der Interessen der Verbraucher im Hinblick auf Preise und Leistungsstandards und die Beilegung von Streitfällen zwischen Unternehmen und Kunden.

8. Rail Regulator

Der Rail Regulator ist zuständig für die Regulierung des Bahnverkehrs in Großbritannien. Zu seinen Aufgaben zählt der Schutz der Interessen der Eisenbahnnutzer.

9. Alle „weights and measures authorities“ (Eichämter) in Großbritannien

Die „weights and measures authorities“ (Eichämter) sind Teil der Kommunalverwaltungen in Großbritannien. Sie setzen Gesetze und Bestimmungen durch, die den Verkauf und das Angebot von Gütern und Dienstleistungen regeln, und bieten Beratungsdienste für Verbraucher und Unternehmen.

10. Department of Enterprise, Trade and Investment in Northern Ireland

Das Department of Enterprise, Trade and Investment in Northern Ireland sorgt für die Durchsetzung der Gesetze und Bestimmungen für den Verkauf und das Angebot an Gütern und Dienstleistungen in Nordirland und bietet Beratungsdienste für Verbraucher und Unternehmen.

ANHANG

Gesetz (2000:1175) über das Klagerecht für bestimmte ausländische Verbraucherbehörden und Verbraucherorganisationen vom 7. Dezember 2000

Nach Beschluss des Reichstags ⁽¹⁾ gilt Folgendes ⁽²⁾.

Geltungsbereich des Gesetzes

§ 1 Dieses Gesetz findet Anwendung auf Verstöße gegen Bestimmungen zur Durchführung der Richtlinien, die im Anhang zur Richtlinie 98/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 1998 über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen genannt werden.

Das Gesetz gilt jedoch nur für Verstöße gegen Bestimmungen zum Schutz der Verbraucherinteressen, die Verbraucher in einem anderen Land als Schweden betreffen, das dem Europäischen Wirtschaftsraum angehört (EWR-Land).

Klagen qualifizierter Einrichtungen vor schwedischen Gerichten

§ 2 Eine Behörde oder eine Organisation in einem anderen EWR-Land als Schweden kann Klage vor einem schwedischen Gericht erheben bei Verstößen gemäß § 1, wenn die betreffende Stelle nach einem besonderen Verzeichnis anerkannt ist, das von der Europäischen Union erstellt und im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht worden ist.

§ 3 Die Klage muss darauf abzielen, dass Maßnahmen gegen jemanden ergriffen werden, der eine Bestimmung aus § 1 außer Acht lässt. Die Maßnahmen können betreffen:

1. Verbot oder Strafverhängung auf der Grundlage von §§ 14—16, § 17 Absatz 1 und §§ 18—20 Marketinggesetz (1995:450) oder Verbot gemäß §§ 3 und 6 des Gesetzes über Vertragsbestimmungen (1994:1512) in Verbraucherverträgen,
2. Verurteilung zur Entrichtung eines Sonderbetrags an den Staat Schweden gemäß Kapitel 10, §§ 5 und 6 Rundfunk- und Fernsehgesetz (1996:844), oder
3. Verhängung eines Bußgeldes wie in den Fällen gemäß dem 1. Gesetz vorgesehen. (2001:401).

§ 4 Klage kann nur erhoben werden, wenn

1. der Kläger zuvor in Gesprächen versucht hat, die Gegenpartei zur Einstellung der Übertretung zu bewegen, und
2. die Übertretung nicht binnen zwei Wochen, nachdem die Gegenpartei das Gesprächsersuchen erhalten hat, eingestellt wird.

Zuständiges Gericht

§ 5 Klage wird bei folgenden Gerichten eingereicht:

1. Marktgerichtshof bei Verboten oder Strafverhängungen gemäß Marketinggesetz (1995:450) und bei Verboten gemäß dem Gesetz (1994:1512) über Vertragsklauseln in Verbraucherverträgen;
2. Verwaltungsgericht Stockholm bei Sonderabgaben gemäß dem Rundfunk- und Fernsehgesetz (1996:844);
3. gemäß Kap. 10 Zivilprozessordnung zuständiges Amtsgericht oder Amtsgericht Stockholm bei Verhängung von Bußgeldern. Gesetz (2001:401).

⁽¹⁾ Prop; 2000/01:34, bet. 2000/01:LU3, rskr. 2000/01:84.

⁽²⁾ Vgl. Richtlinie 98/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen (ABl. L 166 vom 11.6.1998, S. 51, Celex 31998L0027).

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(2002/C 30/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses: 28.11.2001**Mitgliedstaat:** Portugal (Azoren)**Beihilfe Nr.:** N 197/01**Titel:** Änderung der Beihilferegelung zur Förderung regionaler Produkte**Zielsetzung:** Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Märkten für KMU**Rechtsgrundlage:** Portaria do Governo Regional**Haushaltsmittel:** 250 000 EUR jährlich**Beihilfeintensität oder -höhe:** 50 % brutto**Laufzeit:** Genehmigung bis 31.12.2006**Andere Angaben:** N 820/99

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 25.10.2001**Mitgliedstaat:** Griechenland**Beihilfe Nr.:** N 372/01**Titel:** Beschäftigungsprogramm 2000—2006**Zielsetzung:** Beschäftigungsbeihilfen**Rechtsgrundlage:** «Απασχόληση και επαγγελματική εκπαίδευση» OP 2000-2006**Haushaltsmittel:** 205 429 000,00 EUR**Laufzeit:** Bis 31.12.2006

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 27.11.2001**Mitgliedstaat:** Spanien**Beihilfe Nr.:** N 476/01**Titel:** Beihilferegelung für eine alternative Entwicklung in den Bergbaugebieten**Zielsetzung:** Regionalentwicklung**Rechtsgrundlage:** Orden del Ministerio de Economía**Haushaltsmittel:** 300,5 Mio. EUR**Beihilfeintensität oder -höhe:** Unterschiedlich**Laufzeit:** Bis Ende 2005

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 3.12.2001**Mitgliedstaat:** Deutschland (Land Berlin)**Beihilfe Nr.:** N 618/01**Titel:** Beschäftigung von Innovationsassistenten/-innen in KMU**Zielsetzung:** Beschäftigungsförderung**Rechtsgrundlage:** Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Beschäftigung von Innovationsassistenten/-innen in KMU der Berliner Wirtschaft**Haushaltsmittel:** 6,9 Mio. EUR**Beihilfeintensität oder -höhe:**

— 45 % der jährlichen Bruttolohnkosten bis zu 41 000 EUR in bestehenden Unternehmen

— 65 % der jährlichen Bruttolohnkosten bis zu 41 000 EUR in neu gegründeten Unternehmen

Laufzeit: Bis 31. Dezember 2003

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 28.11.2001

Mitgliedstaat: Frankreich

Beihilfe Nr.: N 672/2000

Titel: Steuererleichterungen für Überseeinvestitionen

Zielsetzung: Regional — französische Überseedepartements

Rechtsgrundlage: Articles 199 undecies A et B, 217 undecies du Code Général des Impôts

Haushaltsmittel: 400 Mio. EUR jährlich

Laufzeit: Bis Ende 2006

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 27.11.2001

Mitgliedstaat: Frankreich

Beihilfe Nr.: N 77/A/01

Titel: La Guadeloupe 2000 bis 2006 — Beschäftigungsbeihilfen

Zielsetzung: Ziel der Beihilferegelung ist die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen

Rechtsgrundlage: DOCUP 2000-2006 Guadeloupe

Haushaltsmittel: 3 201 430 EUR

Beihilfeintensität oder -höhe:

Höchstbeträge für Beihilfeintensität und Kumulierung: 75 % netto. Eine automatische Anpassung an mögliche Änderungen der Fördergebietskarte für Regionalbeihilfen ist vorgesehen

Die französischen Behörden verpflichten sich, die im Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen im Agrarsektor (ABl. C 28 vom 1.2.2000) vorgesehenen Investitionsbeihilfehöchstsätze einzuhalten

Im Bereich der Fischerei und der Aquakultur verpflichten sich die französischen Behörden, in jedem Einzelfall die in der Verordnung (EG) Nr. 2792/1999⁽¹⁾ vorgesehenen Zuschuss- und Kumulierungshöchstbeträge einzuhalten

Laufzeit: Bis Ende 2006

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

Datum der Annahme des Beschlusses: 20.12.2001

Mitgliedstaat: Dänemark

Beihilfe Nr.: NN 146/01 und NN 161/01

Titel: Versicherungsbürgschaft für die Luftfahrt

Zielsetzung: Fortsetzung der Haftpflichtversicherungsdeckung für Luftfahrtunternehmen und Dienstleister im Luftfahrtsektor für bestimmte Risiken infolge der Ereignisse in den USA am 11. September 2001

Rechtsgrundlage: Aktstykke nr. 285 af 24. september 2001

Beihilfeintensität oder -höhe: Beihilfe wird in Form von Bürgschaften geleistet

Laufzeit: 30 Tage + 30 Tage

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 13.11.2001

Mitgliedstaat: Italien — Sardinien

Beihilfe Nr.: NN 77/A/01

Titel: Dringende Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung

Zielsetzung: Regionalentwicklung

Rechtsgrundlage: Legge regionale n. 28/1984; legge regionale n. 7/1993

Haushaltsmittel: 1 600 Mrd. LIT (826 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Investitionsbeihilfen: Intensitäten der italienischen Fördergebietskarten für Regionalbeihilfen (1984 bis 1999). Betriebsbeihilfen (1994 bis 1999): auf der Grundlage des tatsächlich entstandenen Verwaltungsaufwands bis höchstens 75 % bzw. 50 % für das erste und zweite Geschäftsjahr des Unternehmens

Laufzeit: 1984 bis 1999

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(2002/C 30/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses: 28.11.2001**Mitgliedstaat:** Niederlande**Beihilfe Nr.:** N 168/A/01**Titel:** Änderung der Energiesteuer 2001**Zielsetzung:** Förderung der Umweltschutzpolitik zur Bekämpfung des Klimawechsels**Rechtsgrundlage:** Wet belastingen op milieugrondslag**Haushaltsmittel:** 1 317 Mio. NLG (598,6 Mio. EUR)**Beihilfeintensität oder -höhe:** Unterschiedlich**Laufzeit:** Fünf Jahre**Andere Angaben:** Jahresbericht

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 28.11.2001**Mitgliedstaat:** Belgien**Beihilfe Nr.:** N 415/A/01**Titel:** Entwurf eines Erlasses der wallonischen Regierung zur Förderung umweltfreundlichen Stroms — Aspekte bezüglich der „grünen Zertifikate“**Zielsetzung:** Förderung erneuerbarer Energien**Rechtsgrundlage:** Décret du 12 avril 2001 relatif à l'organisation du marché régional de l'électricité**Laufzeit:** 10 Jahre

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 20.6.2001**Mitgliedstaat:** Spanien (Galicien)**Beihilfe Nr.:** N 498/2000**Titel:** Regionale Beihilferegulierung zur Förderung von Investitionen, Forschung, Ausbildung, Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen, nicht investitionsgebundener Beschäftigung und KMU**Zielsetzung:** Regionalförderung, Forschung und Entwicklung, Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen, Ausbildung, Beschäftigung und KMU**Rechtsgrundlage:** Proyecto de Decreto sobre incentivos para el desarrollo económico y fomento de la actividad empresarial en la Comunidad Autónoma de Galicia**Haushaltsmittel:** 444,939 Mio. ESP (2,674 Mio. EUR)**Beihilfeintensität oder -höhe:** 40 % NSÄ, außer in folgenden Fällen:*Beihilfen zur industriellen Forschung und Entwicklung:*

— Durchführbarkeitsstudien für Projekte der industriellen Forschung: 75 % NSÄ, vorwettbewerbliche Entwicklung 50 % NSÄ;

— Projekte zur industriellen Forschung: 60 % NSÄ, vorwettbewerbliche Entwicklung 35 % NSÄ;

— unter Einhaltung der Höchstgrenze von 75 % NSÄ in der industriellen Forschung und 50 % NSÄ in der vorwettbewerblichen Entwicklung können diese Beihilfeintensitäten im Falle von KMU um 10 Prozentpunkte, und wenn das Projekt zur Verwirklichung der Ziele des gemeinschaftlichen Rahmenprogramms beiträgt, um 15 Prozentpunkte (bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit um 25 Prozentpunkte) angehoben werden. Bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit außerhalb eines Rahmenprogramms ist ein Zuschlag von 10 Prozentpunkten möglich

„Soft-Aids“ und Beschäftigungsbeihilfen, die nicht investitionsgebunden sind und ausschließlich KMU zugute kommen: 50 % NSÄ

Ausbildungsbeihilfen: KMU 45 %, sonstige Unternehmen 35 %

Laufzeit: 2001—2006

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 28.11.2001

Mitgliedstaat: Vereinigtes Königreich (England, Schottland und Wales)

Beihilfe Nr.: N 504/2000

Titel: Obligation für erneuerbare Energiequellen und Kapitalzuschüsse für erneuerbare Energietechnologien

Zielsetzung: Umweltschutz

Rechtsgrundlage:

- a) for the renewables obligation: Clauses 61-64 of the Utilities Bill
- b) for the capital grants: Section 5 of the Science and Technology Act (1965)

Haushaltsmittel: 100 Mio. GBP

Beihilfeintensität oder -höhe:

- a) Maßnahme stellt teilweise keine Beihilfe und teilweise eine Betriebsbeihilfe dar
- b) 40 %

Laufzeit: Zehn Jahre

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 13.11.2001

Mitgliedstaat: Italien (Sardinien)

Beihilfe Nr.: N 569/01

Titel: Maßnahmen zur Förderung von Jungunternehmern (Betriebsbeihilfen)

Zielsetzung: Regionalentwicklung

Rechtsgrundlage: Disegno di legge regionale n. 201/2001 recante provvedimenti per l'imprenditoria giovanile

Haushaltsmittel: 200 Mrd. ITL (103 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe:

Entsprechend den tatsächlich getragenen Kosten bis zu folgenden Höchstwerten:

— in den Jahren 2001 und 2002: 50 % bzw. 45 % für das erste und zweite Geschäftsjahr des Unternehmens;

— in den Jahren 2003 und 2004: 40 % bzw. 35 % für das erste und zweite Geschäftsjahr des Unternehmens;

— in den Jahren 2005 und 2006: 30 % bzw. 25 % für das erste und zweite Geschäftsjahr des Unternehmens

Laufzeit: Bis 31.12.2006

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 13.11.2001

Mitgliedstaat: Italien

Beihilfe Nr.: N 674/01

Titel: Maßnahmen zur Regularisierung der Schattenwirtschaft

Zielsetzung: Überführung der Schattenwirtschaft in den regulären Wirtschaftsbereich

Rechtsgrundlage: Schema di disegno di legge recante: «Primi interventi per il rilancio dell'economia (A.C. n. 1456) — Disposizioni per l'emersione dell'economia sommersa»

Beihilfeintensität oder -höhe: Die Maßnahme stellt keine Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 des Vertrags dar

Laufzeit: Drei Jahre gerechnet ab der Überföhrungserklärung

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 7.11.2001

Mitgliedstaat: Italien

Beihilfe Nr.: N 720/2000

Titel: Ligurien — Beihilfen für alternative Energiequellen und Energieeinsparungen

Zielsetzung: Entwicklung der Produktion und Verwendung alternativer Energiequellen und Energieeinsparungsmaßnahmen durch Investitionsprojekte

Rechtsgrundlage: Legge regionale 27.3.2000 n. 29 recante modifichie alla legge regionale 21.6.1999 n. 18 (adeguamento delle discipline e conferimento delle funzioni agli Enti locali in materia di ambiente, difesa del suolo ed energia) e successive modifichie e integrazioni

Haushaltsmittel: 9 Mrd. ITL (ca. 4,65 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Höchstens 30 % BSÄ der Investitionskosten; KMU wird ein Aufschlag von 10 % gewährt

Laufzeit: Sechs Jahre (2001—30.6.2007)

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 30.11.2001

Mitgliedstaat: Spanien (Kantabrien)

Beihilfe Nr.: N 752/2000

Titel: Beihilfe zugunsten der handwerklichen Küstenfischerei

Zielsetzung: Durchführung von Strukturmaßnahmen im Bereich der kleinen Küstenfischerei im Rahmen des gemeinschaftlichen Förderkonzepts für diese Region

Rechtsgrundlage: Orden de la Consejería de Ganadería, Agricultura y Pesca por la que se establecen las bases que regulan la concesión de ayudas a la pesca costera artesanal

Haushaltsmittel: 661 113 EUR

Laufzeit: 2000—2006

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 2.10.2001

Mitgliedstaat: Spanien (Extremadura)

Beihilfe Nr.: N 836/2000

Titel: Regionale Beschäftigungsbeihilfen zur Förderung der Sozialwirtschaft

Zielsetzung: Regionalentwicklung und Beschäftigung

Rechtsgrundlage: Decreto por el que se regula el programa de subvenciones a la formación, asociación y asistencia técnica en el ámbito de la economía social

Haushaltsmittel: 100 Mio. ESP/Jahr (0,60 Mio. EUR/Jahr)

Beihilfeintensität oder -höhe: Investitionsgebundene Beschäftigungsbeihilfen: 50 % BSÄ zzgl. 15 Prozentpunkte für KMU

Nicht investitionsgebundene Beschäftigungsbeihilfen und Beschäftigungsbeihilfen für Unternehmen, die Erzeugnisse im Sinne von Anhang I EG-Vertrag herstellen: 95 % BSÄ bezogen auf Bruttolöhne im ersten Jahr und 90 % BSÄ bezogen auf Bruttolöhne im zweiten Jahr, wobei ein Höchstbetrag von 3 Mio. ESP/Jahr (18 030 EUR/Jahr) nicht überschritten wird

Laufzeit: 2000—2006

Andere Angaben: Seit 1.1.2000 und bis zur Genehmigung durch die Kommission wird die Regelung nach Maßgabe der De-minimis-Vorschriften angewandt

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 28.11.2001

Mitgliedstaat: Niederlande

Beihilfe Nr.: NN 30/B/2000 und N 678/01

Titel: Nullsatz für umweltfreundlichen Strom

Zielsetzung: Senkung des CO₂-Ausstoßes und andere umweltpolitische Ziele

Rechtsgrundlage: Wet belastingen op milieugrondslag, Regulierende energiebelasting

Laufzeit: Bis 2003

Andere Angaben: Der Nullsatz für umweltfreundlichen Strom wurde 1998 genehmigt (N 752/97)

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

STAATLICHE BEIHILFE — ITALIEN

Beihilfe C 80/2001 (ex NN 26/01) — Befreiung von der Verbrauchsteuer auf Mineralöle, die als Brennstoff zur Tonerdegewinnung auf Sardinien verwendet werden**Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2002/C 30/05)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2001, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Italien ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden Italien übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Hintergrund

Nach Artikel 6 der Richtlinie 92/82/EWG des Rates⁽¹⁾ beträgt der Mindestsatz der Verbrauchsteuer auf schweres Heizöl 13 ECU je 1 000 kg. Der von Italien auf industrielles schweres Heizöl angewandte Verbrauchsteuersatz beträgt 46,48 EUR je 1 000 kg (zuzüglich der MwSt. von 10 %), liegt also deutlich über dem Mindestsatz.

Gestützt auf die Genehmigung der Entscheidungen 93/697/EG (Artikel 1)⁽²⁾, 96/273/EG (Artikel 1)⁽³⁾, 97/425/EG (Artikel 3)⁽⁴⁾, 1999/880/EG (Artikel 3)⁽⁵⁾ und 2001/224/EG des Rates⁽⁶⁾ sind jedoch in Italien Mineralöle, die als Brennstoff für die Tonerdegewinnung in Sardinien verwendet werden, von der Verbrauchsteuer befreit.

Aluminiumoxyd (Tonerde) ist ein weißfarbiges Pulver, das vor allem in Aluminiumhütten verwendet wird.

Innerhalb der EU wird Tonerde in Italien, Frankreich, Irland, Deutschland, Griechenland, Spanien und dem Vereinigten Königreich hergestellt. Energie ist ein sehr wichtiger Kostenfaktor bei der Tonerdegewinnung (ca. 20 % der Gesamtkosten). In den

Anlagen aller Länder außer Deutschland, wo Erdgas als Brennstoff genutzt wird, werden Mineralöle verwendet.

In Italien gibt es nur einen Tonerdehersteller, Eurallumina SpA, der auf Sardinien ansässig ist. Eurallumina ist ein kooperatives Joint Venture zwischen Comalco Limited (56,2 %) und Glencore (43,8 %). In der Anlage wird Tonerde für die Muttergesellschaften des Joint Ventures hergestellt, die das Produkt im Verhältnis zu ihrem Anteil am Konsortium abnehmen. Eurallumina beschäftigt 460 Arbeitnehmer und erwirtschaftet einen Umsatz von 262 Mrd. ITL (135 Mio. EUR). Die Anlage hat ihre Tätigkeit 1973 aufgenommen und besitzt derzeit eine Kapazität von 1 Mio. Tonnen im Jahr. Ein Teil der gewonnenen Tonerde wird in der nahe gelegenen Aluminiumhütte verwendet, für die Eurallumina der einzige Lieferant ist.

1998 beliefen sich die italienischen Tonerdeausfuhren in andere EU-Staaten auf 125 000 Tonnen (13,5 % der Produktion) und 1999 auf 76 000 Tonnen (7,8 % der Produktion).

Die italienischen Behörden haben den Standpunkt vertreten, dass diese Befreiung unverzichtbar ist, um bei der Tonerdegewinnung wettbewerbsfähige Kosten zu gewährleisten. Sie haben außerdem auf die Tatsache hingewiesen, dass Sardinien eine stark benachteiligte Region ist, dass es keinen Zugang zu Erdgas hat und dass eine mögliche Stilllegung der Tonerdegewinnung schwerwiegende Folgen für die Beschäftigung in der Region hätte. Überdies haben die italienischen Behörden erklärt, dass die Befreiung auf das Jahr 1990 zurückgeht und dass die Richtlinie des Rates, auf die sich die Befreiung stützt, dem Aspekt der staatlichen Beihilfe bereits Rechnung getragen hat.

(1) ABl. L 316 vom 31.10.1992, S. 19.

(2) ABl. L 321 vom 23.12.1993, S. 29.

(3) ABl. L 102 vom 25.4.1996, S. 40.

(4) ABl. L 182 vom 10.7.1997, S. 22.

(5) ABl. L 331 vom 23.12.1999, S. 73.

(6) ABl. L 84 vom 23.3.2001, S. 23.

Würdigung

Die fragliche Befreiung von der Verbrauchsteuer stellt eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag dar, da sie dem Begünstigten einen Vorteil gewährt, der aus staatlichen Mitteln finanziert wird und nur für bestimmte Unternehmen oder Gebiete gilt. Sie verfälscht den Wettbewerb, und da Tonerde aus Italien in andere EU-Staaten ausgeführt wird, beeinträchtigt sie den innergemeinschaftlichen Handel.

Bezüglich der Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt zweifelt die Kommission, dass die Befreiung den für Betriebsbeihilfen geltenden Bedingungen der Leitlinien für einzelstaatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung⁽⁷⁾ genügt (Ziffern 4.15 und 4.17), da die Beihilfe weder zeitlich begrenzt noch degressiv gestaffelt ist.

Die Kommission stellt gleichfalls fest, dass die in Ziffer 3.4 des von März 1994 bis Februar 2001 geltenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen⁽⁸⁾ vorgesehenen Bedingungen (sie sollten lediglich die Produktionsmehrkosten ausgleichen und mussten vorübergehend und grundsätzlich degressiv sein) ebenso wie die in Ziffer 53 des aktuellen Gemeinschaftsrahmens⁽⁹⁾ (Begrenzung auf die Dauer von fünf Jahren und degressiv (Ziffer 45) oder nicht degressiv, aber begrenzt auf 50 % der Mehrkosten (Ziffer 46)) anscheinend nicht erfüllt werden.

Aus diesen Gründen beschloss die Kommission, ein Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag in Bezug auf diese Beihilfe einzuleiten.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„La Commissione si prega informare il governo italiano che, dopo avere esaminato le informazioni fornitele sulle misure citate in oggetto, ha deciso di avviare il procedimento di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE.

1. ANTECEDENTI

1. L'articolo 6 della direttiva 92/82/CEE del Consiglio⁽¹⁰⁾ fissa l'aliquota minima dell'accisa sull'olio pesante combustibile a 13 ECU per 1 000 kg. L'accisa applicata dall'Italia sugli oli pesanti industriali è di 46,48 EUR per 1 000 kg (importo maggiorato del 10 % IVA), ossia notevolmente al di sopra dell'aliquota minima.
2. Tuttavia, in base all'autorizzazione prevista dalle decisioni del Consiglio 93/697/CE (articolo 1)⁽¹¹⁾, 96/273/CE (arti-

colo 1)⁽¹²⁾, 97/425/CE (articolo 3)⁽¹³⁾, 1999/880/CE (articolo 3)⁽¹⁴⁾ e 2001/224/CE (articolo 1)⁽¹⁵⁾, l'Italia esenta dall'accisa gli oli minerali utilizzati come combustibile per la produzione di allumina in Sardegna.

3. L'allumina è una polvere bianca utilizzata principalmente in fonderia per la produzione di alluminio ed è ricavata dal minerale bauxite mediante un processo di raffinazione, la cui ultima fase consiste nella calcinazione. Più del 90 % dell'allumina calcinata è destinato alla fonderia per produrre metallo di alluminio. Il resto è sottoposto ad ulteriore lavorazione e utilizzato in chimica. In numerose decisioni di concentrazioni⁽¹⁶⁾, la Commissione ha osservato che esistono due mercati di prodotto distinti: l'allumina per fonderia e l'allumina per usi chimici. Mentre il mercato geografico dell'allumina per fonderia è mondiale, quello dell'allumina per usi chimici non va oltre l'Europa.
4. Nell'ambito dell'Unione europea, l'allumina è prodotta in Italia, Francia, Irlanda, Germania, Grecia, Spagna e Regno Unito. L'energia è uno degli elementi di costo più importanti nella produzione di allumina (circa 20 % dei costi totali). Ad eccezione della Germania, dove è utilizzato il gas come combustibile, in tutti gli altri paesi gli stabilimenti utilizzano oli minerali.
5. In Italia vi è un solo produttore di allumina, più precisamente la Eurallumina SpA, ubicata in Sardegna. Eurallumina è una joint venture tra Comalco Limited⁽¹⁷⁾ (56,2 %) e Glencore⁽¹⁸⁾ (43,8 %). Lo stabilimento produce allumina per conto delle società che costituiscono la joint venture, le quali si approvvigionano del prodotto proporzionalmente alla loro partecipazione nel consorzio. Eurallumina, che ha un organico di 460 unità, ha realizzato un fatturato di 262 miliardi di ITL (135 milioni di EUR). Lo stabilimento ha iniziato ad operare nel 1973 e attualmente ha una capacità di 1 milione di tonnellate all'anno. Parte dell'allumina prodotta viene utilizzata nella vicina fonderia di alluminio primario di Alcoa, di cui Eurallumina è l'unico fornitore.
6. Il consumo di olio pesante da parte di Eurallumina è stato di 255 812 000 kg nel 1998 e di 262 114 000 kg nel 1999.
7. Le esportazioni italiane di allumina verso il resto dell'Unione europea sono state di 125 000 tonnellate (13,5 % della produzione) nel 1998 e di 76 000 tonnellate (7,8 % della produzione) nel 1999.

⁽¹²⁾ GU L 102 del 25.4.1996, pag. 40.

⁽¹³⁾ GU L 182 del 10.7.1997, pag. 22.

⁽¹⁴⁾ GU L 331 del 23.12.1999, pag. 73.

⁽¹⁵⁾ GU L 84 del 23.3.2001, pag. 23.

⁽¹⁶⁾ Cfr. ad esempio caso COMP/M.1693 Alcoa/Reynolds.

⁽¹⁷⁾ Comalco è una affiliata al 100 % di Rio Tinto, il quale a sua volta è un gruppo minerario internazionale che nel 2000 ha realizzato un fatturato di circa 10 miliardi di USD.

⁽¹⁸⁾ Glencore è un gruppo di risorse diversificato con attività a livello mondiale nei settori della estrazione, fonderia, raffinazione, lavorazione e commercializzazione di minerali e metalli, prodotti energetici e prodotti agricoli. Nel 2000 il suo fatturato è stato di 48 miliardi di USD.

⁽⁷⁾ ABL C 74 vom 10.3.1998, S. 9.

⁽⁸⁾ ABL C 72 vom 10.3.1994, S. 3.

⁽⁹⁾ ABL C 37 vom 3.2.2001, S. 3.

⁽¹⁰⁾ GU L 316 del 31.10.1992, pag. 19.

⁽¹¹⁾ GU L 321 del 23.12.1993, pag. 29.

8. Con lettere del 10 giugno 1998, 17 luglio 2000 e 27 settembre 2000 la Commissione aveva già chiesto all'Italia di fornirle informazioni utili per poter valutare la compatibilità con gli articoli 87 e 88 del trattato CE della succitata esenzione dall'accisa sugli oli minerali.
9. Nelle risposte fornite il 20 luglio 1998 e il 7 dicembre 2000, le autorità italiane hanno ribadito che l'esenzione era indispensabile per assicurare un costo competitivo nella produzione di allumina. Esse hanno inoltre sottolineato il fatto che la Sardegna è una regione fortemente svantaggiata, priva di accesso a gas naturale, e che le eventuali conseguenze della chiusura dell'impianto di allumina in termini di occupazione per la regione sarebbero state estremamente gravi. Esse hanno anche ribadito che l'esenzione risale al 1990⁽¹⁹⁾ e che la direttiva del Consiglio, su cui si basa, aveva già tenuto conto degli aspetti di aiuto di Stato.
- ## 2. VALUTAZIONE
10. Ai sensi dell'articolo 6, paragrafo 1, del regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio, la decisione di avvio del procedimento d'indagine formale esprime sinteticamente i punti di fatto e di diritto pertinenti, contiene una valutazione preliminare della Commissione relativa al carattere di aiuto della misura prevista ed esprime i dubbi attinenti alla sua compatibilità con il mercato comune.
11. Per quanto riguarda la natura di aiuto di Stato della misura in causa ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato CE, valgono le considerazioni che seguono.
12. È chiaro che l'esenzione dall'accisa conferisce un vantaggio all'impresa beneficiaria che è posta in situazione finanziaria più favorevole delle altre imprese che utilizzano oli minerali in altre industrie o regioni.
13. È inoltre evidente che l'esenzione è finanziata attraverso risorse di Stato, giacché lo Stato rinuncia ad un certo gettito che altrimenti avrebbe percepito.
14. L'esenzione si applica unicamente a determinate imprese (quelle che producono allumina) ubicate in una regione specifica (Sardegna). Pertanto essa favorisce talune imprese o talune produzioni ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato. Inoltre, vi è una sola società produttrice di allumina in Sardegna, più precisamente la Eurallumina SpA.
15. Come si è già detto, l'allumina viene esportata dall'Italia verso il resto dell'Unione europea, il che produce effetti sugli scambi intracomunitari.
16. Infatti, l'esenzione dall'accisa sugli oli minerali utilizzati come combustibile per la produzione di allumina di Eurallumina riduce il costo di un elemento di produzione importante recando un vantaggio all'impresa beneficiaria rispetto ad altri produttori UE di allumina nell'ambito UE e quindi può provocare distorsioni di concorrenza. La tesi, sostenuta dalle autorità italiane secondo cui il mercato di allumina è un mercato mondiale ed Eurallumina detiene una quota limitata di mercato, non può confutare la distorsione di concorrenza. Inoltre, la presunta dimensione limitata di Eurallumina non tiene conto del fatto che l'allumina prodotta in Sardegna viene suddivisa tra le società madri (il gruppo Rio Tinto e il gruppo Glencore), le quali a loro volta gestiscono altri impianti di allumina in altre parti del mondo.
17. Quanto alla compatibilità della misura in questione con il mercato comune, nella fattispecie non si applicano né le deroghe di cui all'articolo 87, paragrafo 2, del trattato, né quelle contenute nel regolamento sulle esenzioni⁽²⁰⁾.
18. Quanto all'eventuale applicabilità di altre esenzioni di cui all'articolo 87, paragrafo 3, del trattato, valgono le considerazioni che seguono.
19. Dato che riduce le spese correnti di Eurallumina, l'aiuto in questione costituisce un aiuto al funzionamento che, di norma, è vietato.
20. Ai sensi del punto 4.15 degli Orientamenti in materia di aiuti di Stato a finalità regionale⁽²¹⁾, in via eccezionale però possono essere concessi aiuti di questo tipo nelle regioni che beneficiano della deroga di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettera a), purché essi siano giustificati in funzione del loro contributo allo sviluppo regionale e della loro natura e purché il loro livello sia proporzionale agli svantaggi che intendono compensare. Spetta allo Stato membro dimostrare l'esistenza degli svantaggi e quantificarne l'importanza (punto 4.15). Inoltre, gli aiuti al funzionamento devono essere limitati nel tempo e decrescenti (punto 4.17).
21. Nella fattispecie non sembra che tali condizioni siano soddisfatte. Benché la Sardegna sia ammissibile in virtù della deroga di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettera a), le autorità italiane non hanno dimostrato l'esistenza di particolari svantaggi né ne hanno quantificato l'importanza al fine di giustificare la concessione dell'aiuto al funzionamento. Inoltre, l'esenzione non sembra essere né limitata nel tempo né di ordine decrescente. La Commissione ritiene che un periodo di 16 anni [dal 1990⁽²²⁾ fino alla fine del 2006 se questa è la volontà delle autorità italiane dato che occorre l'unanimità per ridurre tale termine] è un periodo troppo lungo per poter essere considerato «limitato». D'altro canto non vi è alcuna riduzione progressiva del vantaggio.
22. Gli aiuti al funzionamento sono esaminati anche dalla disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente sotto forma di sgravi fiscali da imposte ambientali⁽²³⁾.

⁽¹⁹⁾ Legge 12 novembre 1990 n. 331.

⁽²⁰⁾ Regolamento (CE) n. 70/2001 della Commissione, del 12 gennaio 2001; regolamento (CE) n. 68/2001 della Commissione, del 12 gennaio 2001.

⁽²¹⁾ GU C 74 del 10.3.1998, pag. 9.

⁽²²⁾ Cfr. punto 9.

⁽²³⁾ GU C 37 del 3.2.2001, pag. 3.

23. Inizialmente, le accise sugli oli minerali non erano destinate ad essere uno strumento di politica ambientale. Tuttavia, nella comunicazione sulle tasse ed imposte ambientali nel mercato unico ⁽²⁴⁾, la Commissione ha riconosciuto che «per essere considerato “ambientale” un tributo dovrebbe avere una base imponibile che abbia manifesti effetti negativi sull'ambiente». Siccome gli oli minerali hanno un manifesto effetto negativo sull'ambiente, le accise sugli oli minerali possono essere considerate tasse ambientali ai fini dell'applicazione della disciplina per la tutela dell'ambiente.
24. In ogni caso, in questa fase del procedimento, non risulta che siano soddisfatte le condizioni contenute nella disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente. Secondo il punto 3.4 della disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente in vigore tra marzo 1994 e febbraio 2001 ⁽²⁵⁾, aiuti al funzionamento sotto forma di esenzione dal pagamento di tasse ambientali devono compensare solamente costi di produzione aggiuntivi, e devono essere temporanei ed in principio digressivi. Analogamente, il punto 53 della disciplina attualmente in vigore stabilisce che «se le riduzioni riguardano un'imposta armonizzata a livello comunitario e l'imposta nazionale è inferiore o pari al minimo comunitario, la Commissione considera che non si giustifichino esenzioni per periodi prolungati». In tal caso, le esenzioni concesse sono soggette ad una durata limitata di cinque anni (punti 45 e 46). Nella fattispecie la Commissione rileva che il periodo di cinque anni è di gran lunga superato e che l'aiuto non è stato né progressivamente ridotto né limitato a costi aggiuntivi.
25. Quanto alla tesi sostenuta dalle autorità italiane, secondo cui la direttiva del Consiglio su cui si basa l'esenzione già aveva tenuto conto degli aspetti di aiuto di Stato, la Commissione osserva che le precitate decisioni del Consiglio (cfr. punto 2) non possono pregiudicare l'esito di eventuali procedimenti intentati a norma degli articoli 87 e 88 del trattato allo stesso titolo che le decisioni adottate dalla

Commissione a norma dell'articolo 88 non le consentono di derogare alle disposizioni di diritto comunitario diverse da quelle relative all'applicazione dell'articolo 87.1 del trattato. Questa tesi non può quindi essere accettata. In ogni caso, la Commissione terrà in dovuto conto il fatto che la decisione adottata dal Consiglio il 12 marzo 2001, sulla base di una proposta della Commissione, ha esteso la deroga in oggetto. In questo rispetto, la Commissione rileva che questa decisione del Consiglio non pregiudica l'applicazione delle regole relative agli aiuti di Stato ⁽²⁶⁾.

3. CONCLUSIONE

26. Tenuto conto di quanto precede, la Commissione dubita che l'aiuto in questione soddisfi le condizioni necessarie per dichiararlo compatibile con il mercato comune e ha quindi deciso di avviare nei suoi confronti il procedimento di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE.
27. La Commissione invita pertanto l'Italia a presentarle le proprie osservazioni e a fornirle ogni informazione utile ai fini della valutazione della misura entro un mese dalla data di ricezione della presente. La Commissione invita inoltre le autorità italiane a trasmettere senza indugio copia della presente lettera al beneficiario potenziale dell'aiuto.
28. La Commissione ricorda al governo italiano che informerà gli interessati attraverso la pubblicazione della presente lettera di una sintesi della stessa nella *Gazzetta ufficiale delle Comunità europee*. Informerà inoltre gli interessati nei paesi EFTA firmatari dell'accordo SEE, attraverso la pubblicazione di un avviso nel supplemento SEE della *Gazzetta ufficiale* e informerà infine l'Autorità di vigilanza EFTA inviando le copie della presente. Tutti gli interessati anzidetti saranno invitati a presentare osservazioni entro un mese dalla data di detta pubblicazione.“

⁽²⁴⁾ COM(97) 9 def. del 26.3.1997.

⁽²⁵⁾ GU C 72 del 10.3.1994, pag. 3.

⁽²⁶⁾ Il quinto considerando della decisione 2001/224/CE del Consiglio recita: «la presente decisione non pregiudica l'esito di eventuali procedimenti in materia di distorsione e di funzionamento del mercato unico, che potrebbero essere in particolare intentati a norma degli articoli 87 e 88 del trattato. Essa non dispensa gli Stati membri, a norma dell'articolo 88 del trattato, dall'obbligo di comunicare alla Commissione gli aiuti di Stato che possono essere istituiti.»

STAATLICHE BEIHILFE — FRANKREICH

Beihilfe C 79/2001 (ex NN 23/01) — Befreiung von der Verbrauchsteuer auf Mineralöle, die als Brennstoff zur Tonerdegewinnung in der Region Gardanne verwendet werden**Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2002/C 30/06)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2001, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Frankreich ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden Frankreich übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG**Hintergrund**

Nach Artikel 6 der Richtlinie 92/82/EWG des Rates⁽¹⁾ beträgt der Mindestsatz der Verbrauchsteuer auf schweres Heizöl 13 ECU je 1 000 kg. Der von Frankreich auf schweres Heizöl mit einem Schwefelgehalt von unter 2 % angewandte Verbrauchsteuersatz (Taxe intérieure pour les produits pétroliers bzw. TIPP) beträgt 16,78 EUR je 1 000 kg (zuzüglich der MwSt. von 19,6 %), liegt also über dem Mindestsatz.

Gestützt auf die Genehmigung nach Artikel 1 der Entscheidung 2001/224/EG des Rates⁽²⁾ sind jedoch in Frankreich Mineralöle, die als Brennstoff für die Tonerdegewinnung in der Region Gardanne verwendet werden, von der Verbrauchsteuer befreit. Nach dem fünften Erwägungsgrund der genannten Entscheidung 2001/224/EG „greift diese Entscheidung dem Ergebnis etwaiger Verfahren nicht vor, die möglicherweise gemäß den Artikeln 87 und 88 des Vertrags wegen einer Beeinträchtigung des Funktionierens des Binnenmarkts eingeleitet werden. Sie enthebt die Mitgliedstaaten keinesfalls ihrer Pflicht, etwaige staatliche Beihilfen gemäß Artikel 88 des Vertrags bei der Kommission anzumelden“.

Aluminiumoxyd (Tonerde) ist ein weißfarbiges Pulver, das vor allem in Aluminiumhütten verwendet wird.

Innerhalb der EU wird Tonerde in Frankreich, Irland, Italien, Deutschland, Griechenland, Spanien und dem Vereinigten Königreich hergestellt. Energie ist ein sehr wichtiger Kostenfaktor bei der Tonerdegewinnung (ca. 20 % der Gesamtkosten). In den

Anlagen aller Länder außer Deutschland, wo Erdgas als Brennstoff genutzt wird, werden Mineralöle verwendet.

In Frankreich gibt es nur einen Tonerdehersteller, Aluminium Pechiney, der in der Region Gardanne ansässig ist. Ein Teil der in Gardanne gewonnenen Tonerde wird innerhalb der Pechiney-Gruppe zur Aluminiumherstellung verwendet.

1998 beliefen sich die französischen Tonerdeausfuhren in andere EU-Staaten auf 117 900 Tonnen (23 % der Produktion) und 1999 auf 96 400 Tonnen (17 % der Produktion).

Die französischen Behörden haben den Standpunkt vertreten, dass die fragliche Befreiung der Anlage in der Gardanne die Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht, da die Energiekosten in Europa höher sind als in anderen Teilen der Welt, und dass dies in jedem Fall den Wettbewerb nicht verfälscht, da es sich bei dem Tonerdemarkt um einen Weltmarkt handelt und die französische Tonerdeproduktion einen geringen Teil der Weltproduktion ausmacht. Nach Ansicht der französischen Behörden sind die möglichen Auswirkungen der Stilllegung der Tonerdegewinnung unverhältnismäßig zu den auf dem Spiel stehenden rechtlichen und finanziellen Interessen, da die gesamte Produktionskette der Aluminiumherstellung in Frankreich (nicht nur die Tonerdegewinnung) betroffen wäre. Außerdem weisen die französischen Behörden darauf hin, dass die Befreiung aus Gründen des Umweltschutzes nur für den Verbrauch von schwerem Heizöl mit einem Schwefelgehalt von weniger als 2 % gilt. Schließlich verweisen sie darauf, dass keine Verbrauchsteuer zu zahlen wäre, wenn Erdgas zur Tonerdegewinnung in der Region Gardanne verwendet würde, da Erdgas nicht der Verbrauchsteuer unterliegt. Durch die Befreiung werden daher lediglich gleiche Wettbewerbsbedingungen für diese beiden Energieträger bei der Tonerdegewinnung wiederhergestellt.

(1) ABl. L 316 vom 31.10.1992, S. 19.

(2) ABl. L 84 vom 23.3.2001, S. 23.

Würdigung

Die fragliche Befreiung von der Verbrauchsteuer stellt eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag dar, da sie dem Begünstigten einen Vorteil gewährt, der aus staatlichen Mitteln finanziert wird und nur für bestimmte Unternehmen oder Gebiete gilt. Sie verfälscht den Wettbewerb, und da Tonerde aus Frankreich in andere EU-Staaten ausgeführt wird, beeinträchtigt sie den innergemeinschaftlichen Handel.

Bezüglich der Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt bezweifelt die Kommission, dass die in Ziffer 3.4 des von März 1994 bis Februar 2001 geltenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen⁽³⁾ vorgesehenen Bedingungen (sie sollten lediglich die Produktionsmehrkosten ausgleichen und mussten vorübergehend und grundsätzlich degressiv sein) und die in Ziffer 53 des aktuellen Gemeinschaftsrahmens⁽⁴⁾ (Begrenzung auf die Dauer von fünf Jahren und degressiv (Ziffer 45) oder nicht degressiv, aber begrenzt auf 50 % der Mehrkosten (Ziffer 46)) erfüllt werden.

Aus diesen Gründen beschloss die Kommission, ein Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag in Bezug auf diese Beihilfe einzuleiten.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„La Commission a l'honneur d'informer la France que, après avoir examiné les renseignements fournis par vos autorités sur la mesure mentionnée ci-dessus, elle a décidé d'ouvrir la procédure prévue à l'article 88, paragraphe 2, du traité CE.

1. FAITS

1. L'article 6 de la directive 92/82/CEE du Conseil⁽⁵⁾ fixe un taux d'accise minimal de 13 écus par 1 000 kilogrammes pour le *fuel* lourd. Les droits d'accise («taxe intérieure de consommation sur les produits pétroliers», ou TIPP) appliqués par la France sont de 23,22 euros par 1 000 kg pour le *fuel* lourd d'une teneur en soufre supérieure à 2 %, et de 16,78 euros par 1 000 kg (majorés d'un taux de TVA de 19,6 %) pour le *fuel* lourd d'une teneur en soufre inférieure à 2 %, soit davantage que le taux minimal.
2. Toutefois, conformément à l'autorisation énoncée aux décisions 97/425/CE (article 3)⁽⁶⁾, 1999/880/CE (article 3)⁽⁷⁾ et 2001/224/CE (article 1) du Conseil⁽⁸⁾, la France exonère de droits d'accise les huiles minérales d'une teneur en soufre inférieure à 2 % utilisées comme combustible pour la production d'alumine dans la région de Gardanne.
3. L'alumine est une poudre blanche principalement utilisée dans les fours de fusion pour produire de l'aluminium. Elle

est extraite de la bauxite par un procédé de raffinage dont la dernière étape est la calcination. L'alumine calcinée est utilisée à plus de 90 % pour la fusion de l'aluminium. Le reste subit de nouvelles transformations et est utilisé dans des applications chimiques. Dans plusieurs décisions ayant trait à des concentrations⁽⁹⁾, la Commission a constaté qu'il existait deux marchés de produits distincts, à savoir celui de l'alumine métallurgique et celui de l'alumine chimique. Alors que le marché géographique de la première est de dimension mondiale, celui de la seconde ne dépasse pas les frontières de l'Europe.

4. Dans l'Union européenne, l'Italie, la France, l'Irlande, l'Allemagne, la Grèce, l'Espagne et le Royaume-Uni produisent de l'alumine. L'énergie constitue un élément très important du coût de production de celle-ci (soit près de 20 % des coûts totaux). À l'exception de l'Allemagne, qui utilise le gaz comme combustible, les usines de tous les autres pays ont recours aux huiles minérales.
5. La France ne compte qu'un seul producteur d'alumine: Aluminium Pechiney, qui est installé dans la région de Gardanne. Cette entreprise occupe [...] (*) personnes et appartient au groupe Pechiney, gros opérateur mondial sur le marché de l'aluminium, dont les ventes nettes ont atteint 10,7 milliards d'euros en 2000. Une partie de l'alumine produite à Gardanne est utilisée au sein du groupe Pechiney pour la production d'aluminium.
6. En 1998 et 1999, Aluminium Pechiney a consommé respectivement [...] kg et [...] kg de *fuel* lourd.
7. En 1998, la France a exporté vers les autres pays de l'Union européenne 117 900 tonnes d'alumine (soit 23 % de la production), contre 96 400 tonnes (17 % de la production) en 1999.
8. Par lettres du 2 juin 1998, du 17 juillet 2000 et du 27 septembre 2000, la Commission avait déjà demandé à la France de lui communiquer toutes les informations susceptibles de lui permettre d'apprécier la compatibilité de l'exonération des droits d'accise susmentionnée avec les articles 87 et 88 du traité CE.
9. Dans leur réponse du 7 août 1998, les autorités françaises ont soutenu que cette exonération ne pouvait pas être appréciée à la lumière des articles 87 et 88 du traité CE, compte tenu du fait qu'elle avait été autorisée à l'unanimité par le Conseil, et que, par analogie avec l'arrêt rendu par la Cour dans l'affaire C-297/94, le principe *lex specialis generalibus derogat* devait s'appliquer, empêchant l'application des règles relatives aux aides d'État à des domaines soumis à harmonisation.

⁽³⁾ ABl. C 72 vom 10.3.1994, S. 3.

⁽⁴⁾ ABl. C 37 vom 3.2.2001, S. 3.

⁽⁵⁾ JO L 316 du 31.10.1992, p. 19.

⁽⁶⁾ JO L 182 du 10.7.1997, p. 22.

⁽⁷⁾ JO L 331 du 23.12.1999, p. 73.

⁽⁸⁾ JO L 84 du 23.3.2001, p. 23.

⁽⁹⁾ Par exemple l'affaire COMP/M.1693 — Alcoa/Reynolds.

(*) Données confidentielles.

10. Dans leurs réponses du 4 septembre 2000 et du 8 décembre 2000, elles ont fait valoir que l'exonération en cause permettait à l'usine de Gardanne de demeurer compétitive à l'échelon mondial, compte tenu des coûts énergétiques plus élevés en Europe que dans d'autres régions du monde, et que, en tout état de cause, il n'y avait pas de distorsions de concurrence, puisque le marché de l'alumine est un marché de dimension mondiale et que la production française d'alumine représente une faible partie de la production mondiale. Selon les autorités françaises, l'arrêt de la production d'alumine aurait des conséquences disproportionnées par rapport aux intérêts juridiques et financiers en jeu, étant donné que toute la ligne de production d'aluminium (et non pas uniquement d'alumine) française serait affectée. Elles ont également fait remarquer que, pour des raisons environnementales, l'exonération ne s'applique qu'à l'utilisation de *fuel* lourd d'une teneur en soufre inférieure à 2 %. Enfin, elles ont indiqué que, si l'on utilisait du gaz dans la région de Gardanne en vue de la production d'alumine, aucun droit d'accise ne serait acquitté, le gaz n'étant pas soumis à accise. L'exonération n'aurait donc d'autre effet que de rétablir l'équilibre concurrentiel entre ces deux sources d'énergie pour ce qui est de la production d'alumine.
- ## 2. APPRÉCIATION
11. Conformément à l'article 6, paragraphe 1, du règlement (CE) n° 659/1999 du Conseil du 22 mars 1999, les décisions d'ouvrir une procédure doivent récapituler les éléments pertinents de fait et de droit, inclure une évaluation préliminaire, par la Commission, de la mesure proposée visant à déterminer si elle présente le caractère d'une aide, et exposer les raisons qui incitent à douter de sa compatibilité avec le marché commun.
12. En ce qui concerne la question de savoir si la mesure en cause constitue une aide d'État au sens de l'article 87, paragraphe 1, du traité CE, il y a lieu de prendre en considération les éléments suivants.
13. Il est clair que l'exonération des droits d'accise en question confère un avantage à son bénéficiaire, qui se trouve dans une situation financière plus avantageuse que les autres entreprises d'autres secteurs industriels ou d'autres régions qui utilisent des huiles minérales.
14. Il est évident également que l'exonération est financée au moyen de ressources d'État, étant donné que l'État renonce à un certain montant qu'il aurait, autrement, perçu.
15. L'exonération ne s'applique qu'à certaines entreprises (les producteurs d'alumine) installées dans une région spécifique (la région de Gardanne). Elle favorise par conséquent certaines entreprises ou certaines productions au sens de l'article 87, paragraphe 1. De plus, il n'existe qu'un seul producteur d'alumine dans la région de Gardanne: Aluminium Pechiney.
16. Ainsi qu'il a été indiqué ci-dessus [point (7)], la France exporte de l'alumine vers le reste de l'Union européenne. Les échanges intracommunautaires sont donc affectés.
17. L'exonération des droits d'accise sur le *fuel* lourd utilisé par Aluminium Pechiney en vue de la production d'alumine permet de réduire le coût d'un important facteur de production, ce qui confère à l'entreprise concernée un avantage sur les autres producteurs d'alumine de l'Union européenne qui utilisent du *fuel* lourd; elle est donc de nature à fausser la concurrence. L'argument avancé par les autorités françaises selon lequel le marché de l'alumine est un marché de dimension mondiale [point (10)] ne peut oblitérer la constatation d'une distorsion de concurrence. De même, en ce qui concerne l'argument selon lequel l'exonération en cause n'a d'autre effet que de rétablir l'équilibre concurrentiel par rapport au gaz [point (10)], la Commission note que les usines d'alumine installées en Grèce, en Espagne et au Royaume-Uni utilisent du *fuel* lourd qui est soumis à accise. L'exonération de droits d'accise crée par conséquent une distorsion de concurrence.
18. S'agissant de la compatibilité avec le marché commun, ni les exceptions de l'article 87, paragraphe 2, ni celles prévues par les règlements d'exemption⁽¹⁰⁾ ne sont applicables en l'espèce.
19. En ce qui concerne l'applicabilité éventuelle des autres exceptions énoncées à l'article 87, paragraphe 3, il y a lieu de prendre en considération les éléments suivants.
20. Étant donné que l'aide permet à Aluminium Pechiney de réduire ses dépenses courantes, elle constitue une aide au fonctionnement qui est, en principe, interdite. Néanmoins, conformément au point 4.15 des lignes directrices concernant les aides d'État à finalité régionale⁽¹¹⁾, des aides au fonctionnement peuvent exceptionnellement être octroyées, sous certaines conditions, dans des régions bénéficiant de la dérogation de l'article 87, paragraphe 3, point a). Étant donné, en l'espèce, que la région de Gardanne n'est pas admissible au bénéfice de la dérogation de l'article 87, paragraphe 3, point a), cette exception ne s'applique pas.
21. Les aides au fonctionnement accordées sous la forme d'une réduction des taxes environnementales sont également examinées dans l'encadrement communautaire des aides d'État pour la protection de l'environnement⁽¹²⁾.
22. Initialement, les droits d'accise sur les huiles minérales n'étaient pas conçus comme un instrument de politique environnementale. Toutefois, la Commission a reconnu dans sa communication sur les impôts, les taxes et les redevances environnementaux dans le marché unique⁽¹³⁾ qu'«un prélèvement est environnemental lorsque sa base taxable a manifestement des effets négatifs sur l'environnement». Comme les huiles minérales ont manifestement des effets négatifs sur l'environnement, les droits d'accise sur les huiles minérales peuvent être considérés comme des taxes environnementales aux fins de l'application de l'encadrement communautaire des aides d'État pour la protection de l'environnement.

⁽¹⁰⁾ Règlement (CE) n° 70/2001 de la Commission du 12 janvier 2001; règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001.

⁽¹¹⁾ JO C 74 du 10.3.1998, p. 9.

⁽¹²⁾ JO C 37 du 3.2.2001, p. 3.

⁽¹³⁾ COM(97) 9 final du 26.3.1997.

23. En tout état de cause, à ce stade de la procédure, les conditions énoncées dans les encadrements communautaires des aides d'État pour la protection de l'environnement ne semblent pas satisfaites. Conformément au point 3.4 de l'encadrement communautaire des aides d'État pour la protection de l'environnement en vigueur entre mars 1994 et février 2001 ⁽¹⁴⁾, les aides au fonctionnement sous forme de réduction des taxes écologiques doivent être limitées à la stricte compensation des surcoûts de production et elles doivent être temporaires et en principe dégressives. De même, conformément au point 53 de l'encadrement actuel, «lorsque les réductions portent sur une taxe qui fait l'objet d'une harmonisation communautaire et si la taxe nationale est inférieure ou égale au minimum communautaire, la Commission est d'avis que des exonérations de longue durée ne sont pas justifiées». Toute exonération doit donc être limitée à cinq ans: elle doit diminuer progressivement (point 45) ou, si elle n'est pas dégressive, elle ne peut excéder 50 % des surcoûts (point 46). La Commission constate en l'espèce que l'exonération a été appliquée à 100 % depuis juillet 1997 et que, partant, elle n'a été ni réduite progressivement, ni limitée à des surcoûts.
24. En ce qui concerne l'argument avancé par les autorités françaises selon lequel le principe *lex specialis generalibus derogat* devrait s'appliquer [point (9)], la Commission fait observer que les décisions du Conseil mentionnées ci-dessus [point 2]) ne peuvent pas préjuger de l'issue d'éventuelles procédures intentées en vertu des articles 87 et 88 du traité ⁽¹⁵⁾ de même que les décisions adoptées par la Commission sur la base de l'article 88 ne lui permettent pas de déroger à des dispositions de droit communautaire autres que celles relatives à l'application de l'article 87.1 du traité. Cet argument ne saurait donc être accepté en l'espèce. Bien entendu, la Commission entend tenir compte du fait que la décision du Conseil du 12 mars 2001, basée sur une proposition de la Commission, a prolongé la dérogation en question. La Commission fait cependant observer que cette décision ne préjuge pas de l'application des règles relatives aux aides d'État.
25. En ce qui concerne l'argument selon lequel l'exonération est accordée pour des raisons environnementales liées à la

teneur en soufre du *fuel* lourd utilisé pour la production d'alumine [point (10)], la Commission fait également observer que l'article 1^{er} de la décision 2001/224/CE du Conseil autorise déjà la France à appliquer une réduction du taux d'accise sur le *fuel* lourd afin d'encourager l'utilisation de combustibles plus respectueux de l'environnement, pour autant que cette réduction soit spécifiquement liée à la teneur en soufre et que le taux d'accise corresponde au taux d'accise minimal sur le *fuel* lourd prévu par la législation communautaire. La Commission, en l'espèce, ne considère pas comme justifié le fait de traiter différemment, pour des raisons environnementales, le *fuel* lourd d'une teneur en soufre inférieure à 2 % utilisé pour la production d'alumine et le *fuel* lourd d'une teneur en soufre inférieure à 2 % utilisé par d'autres industries.

3. CONCLUSION

26. À la lumière des considérations qui précèdent, la Commission doute que l'aide en cause remplisse les critères requis pour pouvoir être déclarée compatible avec le marché commun. Elle a en conséquence décidé d'ouvrir la procédure prévue à l'article 88, paragraphe 2, du traité CE.
27. La Commission invite par conséquent les autorités françaises à lui présenter ses observations et à lui fournir toute information utile à l'appréciation de l'aide dans un délai d'un mois à compter de la date de réception de la présente lettre. Elle les invite également à transmettre sans délai une copie de la présente au bénéficiaire potentiel de l'aide.
28. La Commission avise les autorités françaises qu'elle informera les tiers intéressés en publiant la présente lettre et un résumé de celle-ci au *Journal officiel des Communautés européennes*. Elle informera également les tiers intéressés des pays de l'AELE signataires de l'accord EEE en publiant une communication dans le supplément EEE du *Journal officiel des Communautés européennes*, ainsi que l'Autorité de surveillance AELE, à laquelle elle adressera une copie de la présente. Tous ces intéressés seront invités à présenter leurs observations dans un délai d'un mois à compter de la date de ces publications."

⁽¹⁴⁾ JO C 72 du 10.3.1994, p. 3.

⁽¹⁵⁾ Le cinquième considérant de la décision 2001/224/CE du Conseil dit: «la présente décision ne préjuge pas de l'issue d'éventuelles procédures relatives aux distorsions de fonctionnement du marché unique qui pourraient être intentées notamment en vertu des articles 87 et 88 du traité. Elle ne dispense pas les États membres, conformément à l'article 88 du traité, de l'obligation de notifier à la Commission les aides d'État susceptibles d'être instituées.»

STAATLICHE BEIHILFE — IRLAND

Beihilfe C 78/2001 (ex NN 22/01) — Befreiung von der Verbrauchsteuer auf Mineralöle, die als Brennstoff zur Tonerdegewinnung im Shannon-Gebiet verwendet werden**Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2002/C 30/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2001, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Irland ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden Irland übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Hintergrund

Nach Artikel 6 der Richtlinie 92/82/EWG des Rates ⁽¹⁾ beträgt der Mindestsatz der Verbrauchsteuer auf schweres Heizöl 13 ECU je 1 000 kg. Der von Irland auf industrielles schweres Heizöl angewandte Verbrauchsteuersatz beträgt 13,46 EUR je 1 000 kg (zuzüglich der MwSt. von 12,5 %), liegt also leicht über dem Mindestsatz.

Gestützt auf die Genehmigung nach Artikel 1 der Entscheidungen 92/510/EWG ⁽²⁾, 97/425/EG ⁽³⁾, 1999/880/EG ⁽⁴⁾ und 2001/224/EG des Rates ⁽⁵⁾ sind jedoch in Irland Mineralöle, die als Brennstoff für die Tonerdegewinnung im Shannon-Gebiet verwendet werden, von der Verbrauchsteuer befreit. Nach dem fünften Erwägungsgrund der genannten Entscheidung 2001/224/EG „greift diese Entscheidung dem Ergebnis etwaiger Verfahren nicht vor, die möglicherweise gemäß den Artikeln 87 und 88 des Vertrags wegen einer Beeinträchtigung des Funktionierens des Binnenmarkts eingeleitet werden. Sie enthebt die Mitgliedstaaten keinesfalls ihrer Pflicht, etwaige staatliche Beihilfen gemäß Artikel 88 des Vertrags bei der Kommission anzumelden“.

Aluminiumoxyd (Tonerde) ist ein weißfarbiges Pulver, das vor allem in Aluminiumhütten verwendet wird.

Innerhalb der EU wird Tonerde in Irland, Frankreich, Italien, Deutschland, Griechenland, Spanien und dem Vereinigten Königreich hergestellt. Energie ist ein sehr wichtiger Kostenfaktor bei der Tonerdegewinnung (ca. 20 % der Gesamtkosten). In den Anlagen aller Länder außer Deutschland, wo Erdgas als Brennstoff genutzt wird, werden Mineralöle verwendet.

In Irland gibt es nur einen Tonerdehersteller, Aughinish Alumina Ltd, der im Shannon-Gebiet ansässig ist und zu der Glencore-Gruppe gehört ⁽⁶⁾. Das Unternehmen beschäftigt 430 Mitarbeiter und stellt etwa 1,5 Mio. Tonnen Tonerde her, die überwiegend in andere Teile der Europäischen Union ausgeführt wird.

1998 beliefen sich die irischen Tonerdeausfuhren in andere EU-Staaten auf 713 000 Tonnen (51 % der Produktion) und 1999 auf 778 000 Tonnen (54 % der Produktion).

Die irische Regierung hat die Abweichung vom Mindestsatz der Verbrauchsteuer 1992 mit der Begründung beantragt, dass die Anlage in einem relativ unterentwickelten Gebiet gelegen ist und, da sie schweres Heizöl als Energiequelle verwendet, nicht mit den Anlagen anderer Staaten konkurrieren kann, in denen die Mineralölsteuer niedriger ist, und die möglicherweise niedriger oder nicht besteuertes Erdgas oder andere Energiequellen nutzen.

⁽¹⁾ ABl. L 316 vom 31.10.1992, S. 19.

⁽²⁾ ABl. L 316 vom 31.10.1992, S. 16.

⁽³⁾ ABl. L 182 vom 10.7.1997, S. 22.

⁽⁴⁾ ABl. L 331 vom 23.12.1999, S. 73.

⁽⁵⁾ ABl. L 84 vom 23.3.2001, S. 23.

⁽⁶⁾ Bei Glencore handelt es sich um eine diversifizierte Rohstoffverarbeitungsgruppe, die weltweit auf dem Gebiet des Bergbaus, der Verhüttung, der Raffination und des Handels mit Mineralien und Metallen, Energieerzeugnissen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätig ist. Der Umsatz des Unternehmens belief sich im Jahr 2000 auf 48 Mrd. USD.

Würdigung

Die fragliche Befreiung von der Verbrauchsteuer stellt eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag dar, da sie dem Begünstigten einen Vorteil gewährt, der aus staatlichen Mitteln finanziert wird und nur für bestimmte Unternehmen oder Gebiete gilt. Sie verfälscht den Wettbewerb, und da Tonerde aus Irland in andere EU-Staaten ausgeführt wird, beeinträchtigt sie den innergemeinschaftlichen Handel.

Bezüglich der Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt hat die Kommission Zweifel daran, dass die Befreiung den für Betriebsbeihilfen geltenden Bedingungen der Leitlinien für einzelstaatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung (⁷) genügt (Ziffern 4.15 und 4.17), da die irischen Behörden nicht nachgewiesen haben, dass besondere Nachteile gegeben sind; sie haben deren Umfang auch nicht beziffert, um die Gewährung von Betriebsbeihilfen zu rechtfertigen, und die Beihilfe ist weder zeitlich begrenzt noch degressiv gestaffelt.

Die Kommission stellt gleichfalls fest, dass die in Ziffer 3.4 des von März 1994 bis Februar 2001 geltenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen (⁸) vorgesehenen Bedingungen (sie sollten lediglich die Produktionsmehrkosten ausgleichen und mussten vorübergehend und grundsätzlich degressiv sein) ebenso wie die in Ziffer 53 des aktuellen Gemeinschaftsrahmens (⁹) (Begrenzung auf die Dauer von fünf Jahren und degressiv (Ziffer 45) oder nicht degressiv, aber begrenzt auf 50 % der Mehrkosten (Ziffer 46)) anscheinend nicht erfüllt werden.

Aus diesen Gründen beschloss die Kommission, ein Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag in Bezug auf diese Beihilfe einzuleiten.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„The Commission wishes to inform Ireland that, having examined the information supplied by your authorities on the measure referred to above, it has decided to initiate the procedure laid down in Article 88(2) of the EC Treaty.

1. FACTS

- (1) Article 6 of Council Directive 92/82/EEC (¹⁰) establishes a minimum rate of excise duty on heavy oil of ECU 13 per 1 000 kg. The excise duty applied by Ireland to industrial heavy oil is EUR 13,46 per 1 000 kg (accrued by VAT of 12,5 %) which is slightly above the minimum rate.
- (2) However, based on the authorisation granted by Article 1 of Council Decisions 92/510/EEC (¹¹), 97/425/EC (¹²), 1999/880/EC (¹³) and 2001/224/EC (¹⁴), Ireland exempts

from the excise duty the mineral oils used as fuel for alumina production in the Shannon region. According to the fifth recital of the said Council Decision 2001/224/EC, ‘this decision shall be without prejudice to the outcome of any procedures relating to distortions of the operation of the single market that may be undertaken, in particular under Articles 87 and 88 of the Treaty. It does not override the requirement for Member States to notify instances of potential State aid to the Commission under Article 88 of the Treaty’.

- (3) Alumina is a white powder principally used in smelters to produce aluminium. It is produced out of bauxite ore by a refining process, the last step of which consists of calcination. More than 90 % of the calcined alumina will be used in the smelting of aluminium metal. The remainder is further processed and used in chemical applications. In several merger decisions (¹⁵), the Commission has found that there are two separate product markets: smelter grade alumina (SGA) and chemical grade alumina (CGA). While the geographical market for SGA is worldwide, that for CGA is not wider than Europe.
- (4) Within the EU, alumina is produced in Italy, France, Ireland, Germany, Greece, Spain and the United Kingdom. Energy is one very important cost item in alumina production (about 20 % of total costs). Except in Germany where gas is used as fuel, the plants in all the other countries use mineral oils.
- (5) There is only one producer of alumina in Ireland, Aughinish Alumina Ltd, which is located in the Shannon region and which belongs to the Glencore group (¹⁶). It has 430 employees and produces around 1,5 million tonnes of alumina which is exported mainly to the rest of the European Union.
- (6) Aughinish Alumina Ltd's consumption of heavy fuel oil amounted to 328 000 000 kg in 1998 and 336 000 000 kg in 1999.
- (7) In 1998, Irish exports of alumina to the rest of the EU amounted to 713 000 tonnes (51 % of production) and to 778 000 tonnes (54 % of production) in 1999.
- (8) The Irish Government requested the derogation to the minimum rate for excise duty in 1992 on the grounds that the plant was located in a relatively underdeveloped area and that, since it used heavy oil as an energy source, it could not compete with other countries' industries having lower tax rates on fuel and possibly also using lower or non-taxed natural gas or other energy sources.

(⁷) ABL C 74 vom 10.3.1998, S. 9.

(⁸) ABL C 72 vom 10.3.1994, S. 3.

(⁹) ABL C 37 vom 3.2.2001, S. 3.

(¹⁰) OJ L 316, 31.10.1992, p. 19.

(¹¹) OJ L 316, 31.10.1992, p. 16.

(¹²) OJ L 182, 10.7.1997, p. 22.

(¹³) OJ L 331, 23.12.1999, p. 73.

(¹⁴) OJ L 84, 23.3.2001, p. 23.

(¹⁵) See, for instance, Case COMP/M.1693 — Alcoa/Reynolds.

(¹⁶) Glencore is a diversified resources group with worldwide activities in the mining, smelting, refining, processing and trading of minerals and metals, energy products and agricultural products. Its turnover in 2000 was USD 48 billion.

2. ASSESSMENT

- (9) In accordance with Article 6(1) of Council Regulation (EC) No 659/1999 of 22 March 1999, the decision to initiate proceedings shall summarise the relevant issues of fact and law, shall include a preliminary assessment from the Commission as to the aid character of the proposed measure, and shall set out the doubts as to its compatibility with the common market.
- (10) As for the nature of State aid of the measure within the meaning of Article 87(1) of the EC Treaty, the following considerations apply:
- (11) It is clear that the exemption from excise duty in point confers an advantage to its beneficiary which is placed in a more favourable financial position than the other undertakings that use mineral oils in other industries or regions.
- (12) It is also evident that the exemption is financed through State resources, since the State foregoes a certain amount of money that otherwise it would collect.
- (13) The exemption only applies to certain companies (those producing alumina) located in one specific region (the Shannon region). It favours therefore certain undertakings or the production of certain goods within the meaning of Article 87(1). Moreover, there is only one company producing alumina in the Shannon region, Aughinish Alumina Ltd.
- (14) As seen above, alumina is exported from Ireland to the rest of the EU. Intra-community trade is therefore affected.
- (15) The exemption of excise duties for the heavy oil used in Aughinish Alumina Ltd's production of alumina reduces the cost of an important input, giving it an advantage over other EU producers of alumina in the EU, and is therefore liable to distort competition.
- (16) As for its compatibility with the common market, neither the exceptions of Article 87(2) nor those contained in the exemption regulations⁽¹⁷⁾ apply in the present case.
- (17) As for the possible applicability of other exceptions under Article 87(3), the following considerations apply:
- (18) Since the aid reduces Aughinish Alumina Ltd's current expenses, it constitutes operating aid which is normally prohibited.
- (19) Nevertheless, according to point 4(15) of the guidelines on national regional aid⁽¹⁸⁾, operating aid may exceptionally be granted in regions eligible under the derogation in Article 87(3)(a) provided that it is justified in terms of its contribution to regional development, and that its nature and its level is proportional to the handicaps it seeks to alleviate. In any case, it is for the Member State to demonstrate the existence of any handicaps and gauge their importance (point 4(15)) and operating aid must be both limited in time and progressively reduced (point 4(17)).
- (20) These conditions do not appear to be met in the present case. Although the Shannon region has lost its 87(3)(a) status as a result of the review of the regional map in 1999 and could, exceptionally, benefit from operating aid until the end of 2001, the Irish authorities have not demonstrated the existence of particular handicaps nor gauged their importance in order to justify the granting of operating aid. Moreover, it appears that the exemption in point is neither limited in time nor progressively reduced. The Commission considers that a period of 23 years (from 1983 until the end of 2006 if Ireland so wishes since unanimity is required to shorten that deadline) is too long a period to be considered 'limited'. On the other hand, there is no progressive reduction of the advantage.
- (21) Operating aid is also contemplated in the Community guidelines on State aid for environmental protection when it adopts the form of tax relief from environmental taxes⁽¹⁹⁾.
- (22) Originally, excise duties on mineral oils were not designed as an instrument of environmental policy. However, the Commission has acknowledged in its Communication on environmental taxes and charges in the single market⁽²⁰⁾, that 'one likely feature for a levy to be considered as environmental would be that the taxable base of the levy has a clear negative effect on the environment'. As mineral oils have a clear negative effect on the environment, excise duties on mineral oils could be considered as environmental taxes for the purposes of the application of the environmental guidelines.
- (23) In any case, at this stage of the procedure, the conditions established in the Community guidelines for environmental protection do not appear to be met. According to point 3(4) of the Community guidelines on State aid for environmental protection in force between March 1994 and February 2001⁽²¹⁾, operating aid in the form of relief from environmental taxes should only compensate for extra production costs and be temporary and in principle degressive. Similarly, according to point 53 of the current guidelines, 'when the reductions concern a tax that has been harmonised at Community level and when the domestic tax is lower or equal to the Community minimum, the Commission takes the view that long-term exemptions are not justified'. In this case, any exemptions granted are subject to a limited duration of five years where the aid is degressive (point 45) or non-degressive but limited to 50 % of the extra costs (point 46). In the present case, the Commission notes that the period of five years is exceeded and that the aid has not been neither progressively reduced nor limited to extra costs.

⁽¹⁷⁾ Commission Regulation (EC) No 70/2001 of 12 January 2001; Commission Regulation (EC) No 68/2001 of 12 January 2001.

⁽¹⁸⁾ OJ C 74, 10.3.1998, p. 9.

⁽¹⁹⁾ OJ C 37, 3.2.2001, p. 3.

⁽²⁰⁾ COM(97) 9 final of 26 March 1997.

⁽²¹⁾ OJ C 72, 10.3.1994, p. 3.

(24) The Commission will take duly into account the fact that the decision adopted by the Council on 12 March 2001, on the basis of a Commission proposal, has extended the derogation in point. In this regard, the Commission states that this Council decision is without prejudice of the application of the State aid rules.

3. CONCLUSION

(25) In the light of the foregoing considerations, the Commission, has doubts that the aid in question fulfils the criteria for declaring its compatibility with the common market. It has therefore decided to initiate the procedure laid down in Article 88(2) of the EC Treaty against it.

(26) The Commission accordingly requests Ireland to submit its comments and to provide all such information as may

help to assess the measure, within one month of the date of receipt of this letter. It requests your authorities to forward a copy of this letter to the potential recipient of the aid immediately.

(27) The Commission warns Ireland that it will inform interested parties by publishing this letter and a meaningful summary of it in the *Official Journal of the European Communities*. It will also inform interested parties in the EFTA countries which are signatories to the EEA Agreement, by publication of a notice in the EEA Supplement to the *Official Journal of the European Communities* and will inform the EFTA Surveillance Authority by sending a copy of this letter. All such interested parties will be invited to submit their comments within one month of the date of such publication“.
